

ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 75

WEITERE THEMEN IN DIESER AUSGABE:

Kommunalwahl 2008	2
Lärmschutz	3
Mindestlohn	3
Rente	3
Persönlich gesehen	4

Bundespolizei

Die **Bundespolizelab-
teltung** in Rosenheim ist zwar zur Inspektion herabgestuft, der zwischen CSU und Innenministerium ausgehandelte, faule Kompromiss, wonach nur rund 300 Stellen erhalten bleiben sollten, ist aber Geschichte. Stattdessen bleibt das meiste - nach Infos der Gewerkschaft und unserer Berichterstatter - erstmal beim Alten. Es war richtig, nicht gleich dem erstbesten Kompromiss zuzustimmen, sondern weiterzukämpfen! Besonderer Dank gilt der Gewerkschaft der Bundespolizei und den engagierten Bundespolizisten!

Wir müssen aber weiter daran arbeiten, dass langfristig kein Abbau erfolgt. Dazu wäre es am besten, wir kegeln Schäuble 2009 aus dem Amt!

Pflegereform verabschiedet

Der Bundestag hat die Reform der Pflegeversicherung verabschiedet. Zum 1. Juli 2008 sollen die Neuregelungen in Kraft treten. Die Reform sieht zahlreiche Verbesserungen vor und erfüllt zwei zentrale Forderungen des SPD-Wahlmanifestes - höhere Leistungssätze und die Einbeziehung von Demenzerkrankten. Die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung zu einer solidarischen Bürgerversicherung Pflege war dagegen mit CDU und CSU nicht möglich und bleibt damit Thema für den Wahlkampf 2009.

Die **ambulanten Sachleistungsbe-
träge** und das Pflegegeld sollen bis 2012 schrittweise in den drei Pflege-
stufen angehoben werden (siehe
Tabelle). Im stationären Bereich
steigen die Sachleistungen in der
Pflegestufe III und bei Härtefällen.
Finanzielle Verbesserungen gibt es
auch für die **Tages- und Nacht-
sowie die Kurzzeitpflege**.

Beschäftigte erhalten für bis zu 6
Monate einen Anspruch auf **Pflege-
zeit**, also die unbezahlte, sozialver-
sicherte Freistellung von der Arbeit.
Im akuten Pflegefall können sie
sich bis zu zehn Arbeitstage freistel-
len lassen, um für einen nahen An-
gehörigen Pflege zu organisieren.
Pflegestützpunkte als erste Anlauf-
stelle werden auf Antrag der Länder
entstehen.

Der **Betreuungsbetrag für demen-
ziell erkrankte und behinderte
Menschen** steigt von 460 € auf
1.200 bzw. 2.400 € jährlich - auch
für Personen, die noch nicht in der
Pflegestufe I sind. Demente Pflege-
heimbewohner profitieren von mehr
Betreuungspersonal. Zugunsten der
Pflegequalität sollen **Helme** häufiger
unangemeldet kontrolliert werden.
Qualitätsberichte sollen transpa-
rent veröffentlicht werden.

Künftig muss über **Anträge** für Pfl-
egeleistungen innerhalb von 5 Wo-
chen entschieden sein. Bei Kranken-
hausaufenthalt, Hospiz oder wäh-
rend einer ambulant-palliativen Ver-
sorgung muss die Begutachtung in-
nerhalb einer Woche erfolgen.
Selbsthilfegruppen werden künftig
gefördert.

Ambulante Sachleistung

Pflegestufe	bisher	2008	2010	2012
Stufe I	384	420	440	450
Stufe II	921	980	1040	1100
Stufe III	1432	1470	1510	1550

Pflegegeld

Pflegestufe	bisher	2008	2010	2012
Stufe I	205	215	225	235
Stufe II	410	420	430	440
Stufe III	665	675	685	700

Analyse Kommunalwahl 2008

Die SPD in Stadt und Landkreis hat toll gekämpft und im Ergebnis einige große Erfolge aber auch Niederlagen zu verzeichnen. Insgesamt hat sich gezeigt: Die SPD kann überall etwas erreichen, die CSU beginnt kurz vor der Landtagswahl zu taumeln und ortsgebundene Wählergruppierungen nehmen den beiden Volksparteien zunehmend Stimmen weg.

Die **Stadt- und Gemeinderatswahlen** waren für die SPD diesmal besonders schwer, denn überall sind neue Wählergruppierungen entstanden oder gewachsen, die nicht nur der CSU WählerInnen abgenommen haben, sondern auch uns. Trotz der widrigen Umstände gab es viele erfreuliche Zuwächse für die SPD oder das Ergebnis konnte zumindest gehalten werden. Selbst wo das Ergebnis weniger erfreulich war, gab es mitunter Licht. So wurde in Rosenheim die absolute CSU-Mehrheit gebrochen, auch wenn wir – trotz des tollen Einsatzes von **Gabl Leicht** und der StadtratskandidatInnen - die glatte OB Gabriele Bauer nicht greifen konnten.

%-Verluste Stadt/Gemeinderäte schlimmste CSU-Ergebnisse

Vogtareuth: -29,9
Eggstätt: -16,8
Neubeuern: -12,8
Bad Aibling: -12,4
Bruckmühl: -11,9
Rott am Inn: -11,2
Oberaudorf: -10,7
Wasserburg: -9,8
Feldk.-Westerham: -9,5
Kolbermoor: -9,4

Bürgermeister/Landkreis: Top-10 SPD-Ergebnisse: (zum Teil Stichwahlen)

Wasserburg: **Michael Kölbl** 77 %
Kolbermoor: **Peter Kloo** 62 %
Stephanskirchen: **Rainer Auer** 62 %
Bad Aibling: **Richard Lechner** 47 %
Raubling: **A. Burgmaier** 43 %
Flintsbach: **Michael Rusp** 39 %
Eiselfing: **Sepp Maier** 35 %
Bruckmühl: **M. Bernpaintner** 30 %
Kiefersfelden: **Hans Hanusch** 29 %
Tuntenhausen: **Thomas Kranz** 22 %

Michael Kölbl in Wasserburg und **Peter Kloo** in Kolbermoor konnten ihre Ämter mit großartigen Ergebnissen verteidigen. **Rainer Auer** konnte in Stephanskirchen sensationell Amtsinhaber Rudolf Zehentner (CSU) vom Thron stoßen, während viele andere SPD-KandidatInnen ebenfalls tolle Ergebnisse einfahren konnten bzw. es in die Stichwahl schafften oder diese nur knapp verpassten. In vielen Gemeinden war es bei dieser Wahl aufgrund der Vielzahl der Bewerber für die SPD-KandidatInnen denkbar schwer - umso höher sind die Ergebnisse zu bewerten. Zusammen mit den Ortsvereinen und vielen UnterstützerInnen haben unsere Kandidatinnen und Kandidaten toll gekämpft.

%-Gewinne Stadt/Gemeinderäte Top-10 SPD-Ergebnisse:

Schechen: +6,7
Griesstätt: +6,7
Bad Aibling: +4,9
Wasserburg: +4,0
Kolbermoor: +2,4
Raubling: +1,9
Tuntenhausen: +1,9
Neubeuern: +1,6
Bad Feilnbach: +1,4
Großkarolinenfeld: +0,6

Da es wegen des vielfältigeren Angebots auf kommunaler Ebene für die Volksparteien schwieriger geworden ist, kann ich allen engagierten SPDlern nur raten, dort wo es sinnvoll erscheint, auf lokale Wählerinitiativen zuzugehen und eine künftige Zusammenarbeit zu prüfen. Es kann für uns und unsere Ziele in manchen Fällen hilfreich sein, die Kräfte jenseits der CSU zu bündeln, so manche/n können wir vielleicht auch als künftiges SPD-Mitglied gewinnen.

Bei der Kreistagswahl hat uns besonders das starke Abschneiden der Grünen und der Freien/Überparteilichen Wähler geschadet. Zwar hat die CSU die absolute Mehrheit im Kreistag verloren und dramatische Verluste von fast 10 Prozent eingefahren, mit Minus 2,4 Prozent können wir aber auch nicht zufrieden sein. Bei der Landratswahl hat SPD-Kandidat **Roland Schmidt** einen starken und engagierten Wahlkampf geführt. Die gestiegene Konkurrenz - diesmal gab es 6 BewerberInnen! - und das starke Abschneiden der Grünen haben uns jedoch Stimmen gekostet.

Problematisch war für uns, dass die SPD in vielen Gegenden gar nicht oder nicht wieder angetreten ist. Diese weißen Flecken auf der Landkarte müssen wir mit neuem Leben füllen. Jede/r, der/die dabei helfen möchte, ist herzlich dazu eingeladen!

Ich bedanke mich herzlich bei allen WahlkämpferInnen und UnterstützerInnen sowie bei allen, die erstmals, wieder oder bisher bereit waren, sich für ein Mandat zur Verfügung zu stellen und für Ihre Gemeinde Verantwortung zu übernehmen!

Lärmschutz wird verbessert

Um eine Verbesserung des Lärmschutzes in der Region zu erreichen, war ich im Bundesverkehrsministerium bei der Parlamentarischen Staatssekretärin Karin Roth. Die Ergebnisse:

Peter Strim, Ortsvorsitzender der SPD Au-Bad Feilnbach, hatte sich an mich gewandt und gebeten, sich im Ministerium für eine Lärmschutzwand im Bereich **Dettendorf** stark zu machen. Diese konnte Roth nicht versprechen, die Autobahndirektion werde aber immerhin die Lärmbelastung im Bereich Dettendorf neu messen. Wenn die Ergebnisse vorliegen, kann daraus der Anspruch auf neuen Lärmschutz entstehen.

Auf der noch nicht damit versehenen Seite der Inntalautobahn **A 93** soll noch in diesem Jahr sogenannter Flüsterasphalt aufgetragen werden, für den Beginn der Maßnahmen an der **A 8** soll 2009 das Baurecht vorliegen.

Am 16. Mai will die Autobahndirektion im Rahmen eines Treffens mit der Politik über die Möglichkeit einer neuen Lärmschutzwand für **Oberaudorf** informieren. Die Chancen stehen gut!



Mit Flüsterasphalt und Lärmschutzwänden soll der Lärmschutz im Bereich **Frasdorf** verbessert werden. Ich hatte die Forderung aus Frasdorf vertreten, eine Einhausung oder Tunnellösung im Rahmen des sechsspurigen Ausbaus der A 8 für Frasdorf anzustreben, was das Ministerium als zu teuer ablehnt. Ich habe Roth aber klar gemacht, dass wir eine Lösung brauchen, die eine wirkliche Entlastung für die Menschen in Frasdorf von dem wachsenden Lärm bringt. Das Thema ist noch nicht vom Tisch.

Die nächsten Schritte zum gesetzlichen Mindestlohn

Zunächst bis zum 31. März hatten die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter Zeit, „ihre“ Branchen für Mindestlöhne anzumelden. **Acht Branchen haben Ihr Interesse bekundet: Leih- und Zeitarbeit, Altenpflege, Wach- und Sicherheitsgewerbe, Abfallwirtschaft, Weiterbildung, forstliche Dienstleistung, textile Dienstleistung und Bergbauspezialarbeiten.** Diese Branchen haben zusammen rund 1,6 Mio. ArbeitnehmerInnen. Bisher sind 1,8 Mio. ArbeitnehmerInnen und Arbeitgeber durch Mindestlöhne vor einem Wettbewerb um die niedrigsten Löhne geschützt (Baugewerbe, Gebäudereiniger, Briefdienstleister). Dies könnte sich nun verdoppeln.

Auch nach dem Stichtag können sich neue Branchen noch für den Mindestlohn melden. Insofern sind wir auf einem guten Weg. Zumal viele Bran-

chen bisher gezögert haben, weil schlicht die gesetzliche Grundlage - wegen Blockade durch CDU/CSU - noch nicht fertig ist. Der Koalitionsausschuss hat jedoch klare Vorgaben gegeben, an die sich auch CDU/CSU halten müssen. Hierauf werden wir pochen, auch wenn die Union derzeit schon wieder insbesondere den Mindestlohn für die Zeitarbeit in Frage stellt.

Hintergrund: Es gibt in der **Zeitarbeit** einen konkurrierenden - gegenüber dem DGB-Tarifvertrag niedrigeren - Vertrag der christlichen Gewerkschaft, der mithilfe des Mindestlohnes zu Recht ausgehebelt werden würde. In der ohnehin niedrig entlohnten Zeitarbeit will die Union also auch noch den Wettbewerb um noch niedrigere Löhne beibehalten. Dagegen werden wir kämpfen und auf das Wort von Angela Merkel pochen.

Rente steigt stärker

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz will die Renten in diesem und dem nächsten Jahr höher steigen lassen, als es die für die Berechnung der Renten maßgebliche Rentenformel eigentlich vorsieht. Statt um 0,46 % soll die Rente zum 1. Juli um 1,1 % steigen (Bruttolöhne: + 1,4 %). Das ist nicht viel, aber das derzeit Mögliche, um die RentnerInnen zumindest ein bisschen am Aufschwung teilhaben zu lassen. Die Beiträge müssen dafür nicht erhöht werden.

Internet-Tipp

Auf der vom Bundesgesundheitsministerium geförderten Seite **www.die-praevention.de** finden sich viele Tipps zu Ernährung, Früherkennungsangeboten und Bewegung.

Impressum:

Bürgerbüro
Angelika Graf MdB
Am Nörreut 19
83022 Rosenheim
Telefon: 08031-98230
Fax: 08031-299023
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro
Angelika Graf MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030-227 77313
Fax: 030-227 76792
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:
Angelika Graf

SPD

In eigener Sache...

Liebe Genossinnen und Genossen, die Parteienlandschaft ist im Unbruch. Immer seltener reicht es für Rot-Grün oder Schwarz-Gelb. Daher halte ich es für richtig, dass Kurt Beck auch den westdeutschen Landesverbänden freigestellt hat, mit der Linkspartei zusammenzuarbeiten. Falsch finde ich aber, dass er das erst nach der Landtagswahl in Hessen gemacht hat. Das hat uns geschadet.

Die Linkspartei ist in den meisten westdeutschen Bundesländern weder regierungswillig noch regierungsfähig. Der Beschluss besagt daher auch nicht, dass wir in jedem Land eine Koalition mit der Linkspartei anstreben, sondern nur, dass jeder SPD-Landesverband prüfen kann, ob Zusammenarbeit Sinn macht oder nicht. Das selbstaufgelegte Gebot, mit der Linkspartei nicht mal zu sprechen, ist damit vom Tisch, zumal die SPD vor dem Hintergrund der veränderten Parteienlandschaft neue Optionen braucht, um sozialdemokratische Politik umsetzen zu können. Lediglich im Bund bleibt eine Koalition für 2009 ausgeschlossen, da die Linkspartei außenpolitisch komplette Isolation fordert.

Bei uns in Bayern ist die Linkspartei bisher kaum ein Thema. **Dagegen geht es bei der CSU heiß her.** Nach dramatischen Verlusten bei der Kommunalwahl, dem unerträglichen Hin und Her beim Nichtraucherschutz, Transrapid-Debakel und immer neuen Schreckensmeldungen zu den wahren Verlusten der Bayerischen Landesbank, gibt es jetzt wieder zahlreiche Ankündigungen des taumelnden Führungstandems Beckstein-Huber. Man kann gar nicht mehr nachvollziehen, wie oft die CSU schon neue Lehrer oder auch Ganztagschulen angekündigt hat und man/frau kriegt das Gefühl, dass die Ankündigungen einfach immer nur noch jährlich und speziell vor jeder Landtagswahl wiederholt werden...

Ankündigungen hatten wir genug. Wir brauchen Taten. Wir brauchen die von der SPD-Landtagsfraktion geforderte zusätzliche Bildungsmilliarde, echte und qualitativ hochwertige Ganztagschulplätze, Lernmittelfreiheit, kleinere Klassen, den Einstieg in die Gebührenfreiheit für die Kindergärten, den andere Bundesländer längst gemacht haben und ein gebührenfreies Erststudium! Kurzum: Wir brauchen weniger CSU und mehr SPD in Bayern!

MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM APRIL, MAI UND JUNI 2008

07.04.bis 11.04.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
11.04.bis 13.04.	AG 60 plus auf Seniorenmesse 66 in München
14.04. 11.00	Bundesvorstand AG 60 plus in Berlin
15.04. 20.00	AsF-Stammtisch, Weinhaus Zum Santa, Rosenheim
17.04. 10.00	Oberbayerische Kinderschutzkonferenz, Bildungszentrum Rosenheim
17.04. 19.30	Aufstellungskonferenz Ro-Ost, Hotel zur Post, Dorfplatz 14, Rohrdorf
21.04.bis 25.04.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
27.04.bis 28.04.	Tagung der Arbeitsgruppe Menschenrechte, Brüssel
29.04. 18.00	Fachforum Familienpolitik im Gallo Nero, Markt Schwaben
30.04. 10.45	Landesvorstand AG 60 plus in Nürnberg
02.05. 11.30	Besuch im Gymnasium Bad Aibling
05.05. 17.00	Konstituierende Stadtratssitzung in Rosenheim
05.05.bis 09.05.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
16.05. 09.00	Treffen mit Autobahndirektion in Oberaudorf
26.05.bis 30.05.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
31.05.	SPD-Zukunftskonvent in Nürnberg, Congress-Center
02.06.bis 06.06.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
16.06.bis 20.06.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin
23.06.bis 27.06.	Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin